

Gemeinsame Pressemitteilung der „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“

Offenlegung bei Agrarsubventionen nicht erst Ostern 2009

Berlin/Hamm, den 12.12.2006: Das Europäische Parlament stimmt morgen in Strassburg über die Haushaltsordnung und über die Offenlegung der Subventionsempfänger von EU-Fördermitteln ab. Am 29. November hatten sich die Kommission, der Rat und das Parlament darauf geeinigt, die erstmalige, verpflichtende Veröffentlichung bei den Strukturfonds für das Jahr 2008 und im Agrarbereich für das Jahr 2009 festzuschreiben. Der Rat hatte dieser Einigung am 1. Dezember zugestimmt.

„Die Offenlegung der Empfänger von EU-Agrarsubventionen duldet keinen Aufschub“, erklärt Marita Wiggerthale, Agrarexpertin bei Oxfam. „Seehofers Ministerium hat zugesagt, die Agrarsubventionen in Deutschland 2008 offen zu legen. Dieses Versprechen gilt es einzulösen. Die Vorbereitungen dafür müssen bereits in 2007 beginnen.“ Die EU-Entscheidung lässt den Mitgliedsstaaten den Spielraum, die Veröffentlichung vor 2009 vorzunehmen. Innerhalb der Europäischen Union haben bereits heute 13 Mitgliedsstaaten ihre Daten teilweise oder ganz veröffentlicht.

Der Zeitpunkt der Veröffentlichung ist politisch betrachtet von großer Bedeutung. Im Jahr 2008 steht nicht nur die Überprüfung des EU-Finanzplans an, sondern auch der „Gesundheits-Check“ der EU-Agrarpolitik. „Die Offenlegung der Empfänger von Agrarsubventionen kann einen erheblichen Beitrag zur Verbesserung der Qualität der Debatten zur zukünftigen Agrarreform leisten“, erklärt Tanja Dräger, zuständig für internationale Agrarfragen beim WWF. „Wer wofür wie viel Agrarsubventionen erhält ist eine zentrale Frage, die bei der Reform der Agrarpolitik diskutiert werden muss.“

Auch ist die Frage des Zusammenhangs zwischen Fördermittelvergabe und den von den Empfängern bereitgestellten Arbeitsplätzen wichtig, um die gesellschaftlich gewünschte Beschäftigungsleistung der Betriebe beurteilen zu können. „Transparenz ist vor allem in den Dienst einer gesellschaftlichen Diskussion über die sinnvolle Vergabe von Steuermitteln zu stellen“, bekräftigt Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf, Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft. „Wer Arbeitsplätze abbaut, darf dafür nicht noch mit Steuermitteln belohnt werden“.

Kontakt für die Presse:

Marita Wiggerthale: 0162 13 86 321

Tanja Dräger de Teran: 0173-594 638 9

Friedrich Wilhelm Graefe zu Baringdorf: 0171-362 771 1

Die „Initiative für Transparenz bei EU-Agrarsubventionen“ wird unterstützt von folgenden Organisationen:

1. Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL)
2. AgrarBündnis
3. ATTAC Agrarnetz
4. Brot für die Welt
5. Buko Agrarkoordination
6. Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND)
7. Deutscher Naturschutzring (DNR)
8. Deutscher Tierschutzbund e.V. (DTSchB)
9. Europäische Tierstiftung
10. Evangelischer Entwicklungsdienst (EED)
11. Bundesarbeitsgemeinschaft Evangelische Jugend im ländlichen Raum (BAG Ejl)
12. Stiftung Europäisches Naturerbe (Euronatur)
13. FIAN

14. Forum Umwelt und Entwicklung
15. Gerechtigkeit jetzt!
16. Germanwatch
17. Greenpeace
18. Grüne Liga – Netzwerk ökologischer Bewegungen
19. IG Bauen Agrar Umwelt
20. INKOTA-netzwerk e.V.
21. Misereor
22. Naturschutzbund Deutschland (NABU)
23. Netzwerk Recherche
24. Neuland e.V.
25. Oxfam Deutschland e.V.
26. PROVIEH-VgtM e.V. – Verein gegen tierquälerische Massentierhaltung e.V.
27. Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany)
28. Transparency International Deutschland e.V.
29. Verbraucher für unbelastete Nahrung
30. Vier Pfoten – Stiftung für Naturschutz
31. Weltladen-Dachverband
32. WEED
33. WWF
34. Waldbauernverband Brandenburg e.V.